



36. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur
Gremium: Ausschuss für Kultur
Sitzungstermin: Donnerstag, 22.03.2012, 18:00 Uhr
Ort, Raum: Lindenstr. 54, Potsdam

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.02.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

- 3 Vorstellung des Moduls III der Ausstellung in der Gedenkstätte Lindenstraße 54/55
 - 3.1 Museum Lindenstraße 54/55 (Wiedervorlage) Fraktion BürgerBündnis
11/SVV/0623

 - 3.2 Potsdam Museum Lindenstraße 54 (Wiedervorlage) Fraktion DIE LINKE
11/SVV/0861

- 4 Straßenbenennung in 14469 Potsdam-Bornim hier: Im alten Upstall

- 5 Pool für Straßenbenennung Fraktion SPD
12/SVV/0101

- 6 Pool für Straßenbenennung Fraktion CDU/ANW
12/SVV/0080

- 7 Gründung einer Stiftung zur Förderung der Kultur- und des Sports in der Landeshauptstadt Potsdam CDU/ANW
11/SVV/0919 Äa aus Hauptausschuss

- 8 Standort Theaterschiff

9 Mitteilungen der Verwaltung

Nicht öffentlicher Teil

10 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen
die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der
Sitzung vom 23.02.2012



öffentlich

Betreff:

Museum Lindenstraße 54/55

Einreicher: Stadtverordnete Ute Bankwitz, Fraktion BürgerBündnis

Erstellungsdatum 15.08.2011

Eingang 902: 16.08.2011

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
31.08.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zeitnah dafür Sorge zu tragen dass das Museum Lindenstraße 54/55 eine eigenverantwortliche Trägerschaft mit ausreichend Personal erhält.

Ein Bericht ist in der Stadtverordnetenversammlung im November 2011 vorzulegen.

gez. Ute Bankwitz

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Im Zusammenhang mit dem Gedenken zum 50igsten Jahrestages des Mauerbaus wurde auf die mangelnde Besucherbegleitung bzw. Besucherbetreuung in der Lindenstraße 54/55 wiederholt aufmerksam gemacht.



öffentlich

Betreff:

Potsdam Museum Lindenstraße 54

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 08.11.2011

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.12.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		x

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die künftige finanzielle und personelle Aufwertung der Gedenkstätte Lindenstraße 54 so auszugestalten, dass die Lindenstraße 54 eingeordnet in die Stadtgeschichte ein immanenter Bestandteil des Potsdam Museums bleibt, um damit weiterhin ein gesamtheitliches Herangehen an die inhaltliche museale Ausstellungs- und Forschungsarbeit zu gewährleisten.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

In den vergangenen Jahren sind umfangreiche planerische und konzeptionelle Arbeiten durch das Potsdam Museum für eine inhaltliche Ausgestaltung der Lindenstraße 54 geleistet worden. Dies erfolgte aus der Kraft des Museums heraus. Umso erfreulicher und bemerkenswerter ist es, dass nunmehr ca. 300 000 Euro Landesmittel im Verbund mit 300 000 Euro städtischen Mitteln zur Verfügung stehen, um die Arbeit zu qualifizieren und aufzuwerten sowie die Resultate öffentlichkeitswirksamer zu gestalten. Aus der Expertenanhörung im Kulturausschuss ging hervor, dass dieser Teil der Stadtgeschichte am besten im Kontext der Gesamtentwicklung der Stadt bearbeitet und demonstriert werden kann. Nicht zuletzt die Synergieeffekte müssten dabei berücksichtigt werden. Insofern gehört die Lindenstraße 54 zum Potsdam Museum insgesamt.



öffentlich

Betreff:

Pool für Straßenbenennung

Einreicher: Fraktion SPD

Erstellungsdatum 08.02.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.03.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Namen Otto Braun und Regine Hildebrandt werden in den Pool für Straßenbenennungen in der Landeshauptstadt Potsdam aufgenommen.

gez. M. Schubert
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Otto Braun, geboren am 28.1.1872, gestorben am 15.12. 1955, war als sozialdemokratischer Ministerpräsident des Freistaats Preußen eine wichtige Persönlichkeit der preußischen Politik und soll aus diesem Grund mit einer Straßenbenennung geehrt werden.

Der oft als „Roter Zar von Preußen“ titulierte Braun war sowohl überzeugter sozialer Demokrat als auch Preuße. Braun war maßgeblich daran beteiligt, das republikanische „Bollwerk Preußen“ in der Weimarer Republik aufzubauen. Im Gegensatz zur Reichspolitik etablierte er in Preußen eine weitgehend stabile Regierung und amtierte nahezu ununterbrochen von 1920 bis 1932. In seine Amtszeit fällt unter anderem die Umgestaltung der öffentlichen Verwaltung unter demokratischen Gesichtspunkten. Gegen den aufkommenden Nationalsozialismus verfolgte die Regierung Braun einen offensiven Kurs und wurde von der antidemokratischen Reichsregierung Papen mit dem sogenannten „Preußenschlag“ im Sommer 1932 aus dem Amt gedrängt. Nach Hitlers Machtübernahme blieb Braun nur der Weg ins Exil.

Die Historie Preußens ist nicht nur von seinen Königen geprägt, sondern auch, wie beschrieben, von seinen demokratisch gewählten Ministerpräsidenten, von denen Otto Braun ein herausragender Vertreter war. Daran auch im „Friedrich-Jahr“ 2012 zu erinnern ist Anliegen dieses Antrages. Die brandenburgische Landeshauptstadt eignet sich in besonderer Weise für die Ehrung eines großen demokratischen preußischen Politikers.

Regine Hildebrandt, geboren am 26. April 1941, gestorben am 26.11. 2001, war eine der herausragenden sozialdemokratischen Persönlichkeiten des Landes Brandenburg und soll aus diesem Grund mit einer Straßenbenennung geehrt werden.

Die Biologin trat am 12.10.1989 der Sozialdemokratischen Partei der DDR bei. Sie wurde bei den ersten freien Wahlen der DDR in die Volkskammer gewählt und war von April bis August 1990 Ministerin für Arbeit und Soziales der ersten frei gewählten Regierung der DDR. Von 1990 bis 1999 war sie Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen der brandenburgischen Landesregierung und engagierte sich unermüdlich für alle sozialen Belange der Bürger. Sie hat nicht nur regiert, sondern Mut gemacht; das war ihr ein zentrales Anliegen. Vor allem in Brandenburg, aber auch weit über das Land hinaus war Hildebrandt wegen ihres außergewöhnlich offenen, volksnahen, oft auch undiplomatischen Auftretens populär, was auch in dem Spitznamen „Mutter Courage des Ostens“ zum Ausdruck kam.

Seit 2002 wird jährlich der „Regine-Hildebrandt-Preis“ der SPD vergeben, mit welchem Personen oder gesellschaftliche Gruppen ausgezeichnet werden, die im Sinne Regine Hildebrandts für Ostdeutschland und seine Menschen wirken, für die innere Einheit Deutschlands, gegen Rechtsextremismus und Gewalt und für Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit.



öffentlich

Betreff:

Pool für Straßenbenennung

Einreicher: Fraktion CDU/ANW

Erstellungsdatum 31.01.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.03.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		x

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Namen **Dr. Erika und Dr. Wilhelm Wolf** werden in den Pool für Straßenbenennungen der Stadt Potsdam aufgenommen.

gez. Michael Schröder
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

„Es geschah am 14. Mai 1948, am späten Abend. Wilhelm Wolf war auf einer politischen Veranstaltung im Ostteil Berlins und fährt über die Avus nach Hause in die Berliner Vorstadt von Potsdam, wo er und seine Familie wohnen. In einer unübersichtlichen Kurve zwischen Nordeingang der Avus und dem Bahnhof Grunewald wird der Wagen durch helles Scheinwerferlicht frontal geblendet. Das Auto bricht aus der Spur aus und kollidiert mit einem Betonhindernis. Der Fahrer überlebt, der Landesvorsitzende“ stirbt am folgenden Tag an den Unfallfolgen.

„Die Umstände dieses Unfalls konnten nie aufgeklärt werden. Jedoch gibt die politische Biographie von Wilhelm Wolf eine unmissverständliche Antwort.

Am 10. September 1899 in Styrum bei Mühlheim an der Ruhr geboren, wächst Wilhelm Wolf im westfälischen Hamm auf. Nach dem Schulabschluss nimmt er am 1. Weltkrieg teil, studiert danach Nationalökonomie und wird zum Dr. rer. pol. promoviert. Nach dem Berufsbeginn in Westfalen geht er 1935 nach Treuenbrietzen, wo er die Geschäftsführung der Kreishandwerkerschaft übernimmt. Hier lernt er auch seine Frau Erika Engel kennen, die als junge Juristin ein Referendariat in der brandenburgischen Kleinstadt absolviert. 1938 folgt die Heirat. Zwischen 1939 und 1944 werden die Kinder Maria, Ernst-Wilhelm, Andreas und Hans-Christoph geboren.

Ab 1938 wohnt die Familie in Potsdam. Wilhelm Wolf leitet eine Textilgroßhandlung am Hausvogteiplatz in Berlin. Während des Krieges hat er Kontakt zu Kreisen der Opposition gegen den NS-Staat.

Erst nach 1945 beginnt die politische Laufbahn von Wilhelm Wolf. Auf dem Gründungsprotokoll der CDU-Ortsgruppe Babelsberg vom 11. Juli 1945 befindet sich sein Name unter der Rubrik „vorläufige Ortsvorstandsmitglieder“. Doch schon im Oktober 1945 wird er auf dem Gründungsparteitag der CDU Brandenburg zum ersten Landesvorsitzenden gewählt und durch die Landesparteitage 1946, 1947 und 1948 im Amt bestätigt.

Nach den Landtagswahlen am 20. Oktober 1946 zieht er als CDU-Abgeordneter in den brandenburgischen Landtag ein und wird dessen Vizepräsident.“

„In den Augen der sowjetischen Besatzungsmacht und der SED-Führung ist er ein äußerst unbequemer Mann: Schon im Dezember 1945 wehrt er sich gegen die Absetzung von Andreas Hermes als Vorsitzenden der CDU Deutschlands. Danach stemmt er sich vehement gegen die rechts- und gesetzlosen Enteignungen in der Sowjetischen Zone.

Ab Sommer 1947, als die Russen und die SED die Trennung der Ost- von der West-CDU erzwingen wollen, weigert er sich, dies nachzuvollziehen. Vielfache Behinderungen seiner Arbeit sowie tages- und stundenlange Verhöre von ihm und seiner Frau sind an der Tagesordnung.

Vom 7. bis 9. Mai 1948 findet in Brandenburg/Havel der 3. Landesparteitag der CDU Brandenburg statt. Wilhelm Wolf wirft der SED Totalitätsstreben vor. Er fordert die Einhaltung der Grundrechte, der persönlichen Freiheit und Menschenrechte in der SBZ, die Sicherung des Privateigentums und mehr Mitwirkungsmöglichkeiten für die CDU in der Verwaltung. Der Parteitag legt ein eindrucksvolles Bekenntnis zur deutschen Einheit ab. Wilhelm Wolf wird mit 121 von 134 Stimmen erneut zum Landesvorsitzenden der CDU Brandenburg gewählt, gegen Widerstände von Seiten der SMAD und der SED. Wenige Tage danach passiert der Autounfall.

Seine Frau Erika Wolf kann im Sommer 1950 nur knapp vor den kommunistischen Häschern fliehen und ihrer Verhaftung entgehen. Ihr gelingt es, mit ihren Kindern in den Westteil Berlins zu fliehen, wo sie sich, als durch und durch politischer Mensch engagiert, von 1965 bis 1976 unter anderem als Mitglied des Deutschen Bundestages, später als Mitglied in der Deutschen UNESCO-Kommission als Vertreterin des Deutschen Frauenrates. 1994 erfolgt die Rückkehr nach Potsdam. Bereits seit 1989 unterstützt Erika Wolf den Aufbau einer neuen CDU, insbesondere in Brandenburg. Von 1995 bis zu ihrem Tod im Februar 2003 ist Frau Dr. Erika Wolf Ehrenvorsitzende der CDU Brandenburg.“

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (KAS)



öffentlich

Betreff:

Gründung einer Stiftung zur Förderung der Kultur- und des Sports in der Landeshauptstadt Potsdam

Einreicher: Fraktion CDU/ANW

Erstellungsdatum 21.11.2011

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.12.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

Beschlussvorschlag:

Die Stadtversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Gründung einer Stiftung zur Förderung der Kultur und des Sports in der Landeshauptstadt Potsdam zu prüfen.

Die Stiftung soll sich aus Mitteln kommunaler Unternehmen nach den in der Transparenzkommission erarbeiteten Empfehlungen sowie aus Haushaltsmitteln der Landeshauptstadt Potsdam finanzieren und das bisherige Sponsoring durch kommunale Unternehmen ersetzen.

Das Prüfergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung im Februar 2012 vorzulegen.

gez. Michael Schröder
Fraktionsvorsitzender
CDU/ANW

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Mit Wegfall der Fördermittel aus dem Hauptstadtvertrag mit dem Land Brandenburg ist eine finanzielle Neuordnung der Kultur- und Sportförderung in der Landeshauptstadt Potsdam erforderlich. Darüber hinaus hat die im Zusammenhang mit der Stadtwerkeaffäre geführte Diskussion über die Sponsoringpraxis kommunaler Unternehmen deutlich gemacht, dass die bisherige Praxis so nicht fortgeführt werden darf.

Die Gründung einer Stiftung Kultur- und Sportförderung bietet eine rechtssichere und transparente Möglichkeit, wichtige Bereiche der Kultur und des Sports in der Landeshauptstadt auch künftig im erforderlichen Maße fördern zu können.



Änderungsantrag

zur Drucksache Nr.

Ergänzungsantrag

___11/SVV/0919___

Neue Fassung

öffentlich

Einreicher:

Betreff:

Erstellungsdatum 29.02.2012

Eingang 902: _____

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
22.03.2012	Ausschuss Kultur	X	

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

In der Sitzung des Hauptausschusses am 29.02.2012 wurde folgende Textfassung für die weitere Beratung in den Ausschüssen empfohlen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Möglichkeiten zur Einnahmeerhöhung durch die Gründung einer Stiftung zur Förderung der Kultur und des Sports in der Landeshauptstadt Potsdam zu prüfen.

Das Prüfergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung im Juni 2012 vorzulegen.

Unterschrift

Begründung siehe Anlage